

II-9328 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode
A N F R A G E

Nr. 4709 /J

1989 -12- 07

der Abgeordneten Dr. Gugerbauer, Apfelbeck, Haupt
an den Bundesminister für Justiz
betreffend Vertrag der Österreichischen Länderbank AG mit
Dr. Franz Vranitzky

Seit einigen Wochen wird in der Öffentlichkeit über den
seinerzeit zwischen der Österreichischen Länderbank AG und
dem derzeitigen Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky geschlos-
senen Dienstvertrag, vor allem die daraus entstehende,
bereits ausbezahlte Abfertigung und den Pensionsanspruch
berichtet und diskutiert.

Nach dem derzeitigen Wissensstand hat die Österreichische
Länderbank AG, vertreten durch die Mitglieder des Auf-
sichtsratspräsidiums, 1981 einen Dienstvertrag mit Dr. Franz
Vranitzky geschlossen, der die gesetzlichen Kündigungsgründe
nicht ausschließt. Obwohl der Vertreter des Mehrheitsak-
tionärs Republik Österreich, der damalige Finanzminister
Dr. Salcher, ein öffentliches Interesse nicht geltend
machte, wurde der Dienstvertrag einvernehmlich aufgelöst,
nachdem Dr. Franz Vranitzky als Finanzminister in die Bundes-
regierung berufen wurde. Durch die einvernehmliche Lösung
wurde ihm eine Abfertigung von 14 Monatsbezügen (für die
Dauer der Dienstzeit das 14-fache einer Abfertigung nach dem
Angestelltengesetz), sowie eine Pension von 59 % seines
Letztbezuges, somit etwa S 200.000,-- monatlich, 16 mal im
Jahr, zuerkannt. Auch in Anbetracht der Usancen im Banken-
bereich sind die Leistungen, die dem derzeitigen Bundes-
kanzler aus seinem kurzen Dienst bei der Österreichischen
Länderbank AG zustehen, außergewöhnlich hoch.

Laut § 26 AngG gibt es keinen Rechtfertigungsgrund des öffentlichen Interesses für den vorzeitigen Austritt. Da dieser Schritt zudem im Interesse der SPÖ, aber nicht in dem der Österreichischen Länderbank AG gelegen war, hätte Dr. Vranitzky selbst seinen Dienstvertrag kündigen und daher ohne weitere Ansprüche ausscheiden müssen. Aufsichtsratspräsident der Österreichischen Länderbank AG war zum fraglichen Zeitpunkt Alois Piberger, vormaliger Zentralsekretär der Sozialistischen Partei Österreichs.

Der StA-Wien liegen mehrere Strafanzeigen wegen des Verdachts der Untreue der Mitglieder des Aufsichtsratspräsidiums der Österreichischen Länderbank AG vor, in denen insbesondere die Einleitung von strafrechtlichen Vorerhebungen beantragt wird. Dies unter anderem deshalb, weil die Zahlungen der Österreichischen Länderbank AG an den derzeitigen Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky vermeidbar und jedenfalls weit über den branchenmäßigen Usancen liegen. Da ein diesbezügliches Tätigwerden der Staatsanwaltschaft zu erwarten ist, richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Justiz die nachstehende

A n f r a g e :

- 1) In welchem Verfahrensstadium befinden sich derzeit die Vorerhebungen der Staatsanwaltschaft Wien?
- 2) Können Sie sicherstellen, daß ungeachtet der beteiligten Personen eine korrekte Überprüfung des Sachverhaltes durch die Staatsanwaltschaft ohne politische Einflußnahme möglich sein (wird?)